

Antrag an die Senatssitzung am 02. April 2025: 80. Jahrestag der Befreiung – Bildung und Wissenschaft für eine soziale, zivile und demokratische Entwicklung

Antragsstellerin: Jasmin Zoll und Philipp Bönninghaus, studentische Senator:innen

Der Senat beschließt die folgende Stellungnahme und beauftragt das Rektorat diese auf den üblichen Wegen (Website, Social-Media, usw.) zu verbreiten.

Am 8. Mai 2025 jährt sich die Befreiung vom Faschismus zum 80. Mal. Der 8. Mai steht nicht nur für das Ende des Hitlerfaschismus in Deutschland, sondern auch für den Beginn eines antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs. Die Prinzipien des antifaschistischen Kampfes wurden mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und in der Erklärung der universellen Menschenrechte 1948 zu allgemeinen Prinzipien menschlichen Zusammenlebens erhoben: Die Geschichte unter Beteiligung aller Völker als Gleiche fortzuschreiben, mit dem Recht des Stärkeren und Militarismus endgültig zu brechen und den Reichtum der Menschheit zum Wohle aller und zur Verwirklichung der Würde jedes Einzelnen kooperativ weiterzuentwickeln.

Heute gilt es mehr denn je diese zu verwirklichen und die Hochschulen spielen dabei eine entscheidende Rolle:

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ (Präambel der UNESCO-Verfassung, 1945)

Zum Anlass des Tags der Befreiung, bekräftigt die Universität ihre Zivilklausel, also ihre Selbstverpflichtung zu Nachhaltigkeit, Frieden und Demokratie in der Welt beizutragen. Um dieser gerecht zu werden, setzt sie sich verstärkt in Lehre, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit für Abrüstung, Völkerrecht, soziale und internationale Zugänglichkeit zu Bildung und Wissenschaft sowie für die Realisierung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) ein. Sie baut Wissenschaftskooperationen systematisch aus und befördert Wissenschaftsdiplomatie von unten, um zu Völkerverständigung beizutragen – gerade auch dort, wo es Spannungen gibt.

Ergänzungsantrag:

Die Universität zu Köln veranstaltet zum Tag der Befreiung eine Veranstaltung mit eine*r Vertreter*in der UNESCO zu antifaschistischen Konsequenzen für die Bildungseinrichtungen, der Verwirklichung der SDGs im Bildungsbereich und Wissenschaftskooperationen als Weg der Völkerverständigung. Der Senat fordert die Fakultäten auf zu sammeln und zu begründen wie die dortige Forschung und Lehre zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit beiträgt. In der Senatssitzung im Juni sollen dann die Fakultätsvertreter*innen darüber berichten.